

P O L I Z E I V E R O R D N U N G

über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf Straßen und in Anlagen der Landeshauptstadt Saarbrücken

vom 11. April 2007

Auf Grund der §§ 8, 59, 63 des Saarländischen Polizeigesetzes (SPolG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 26. März 2001 (Amtsbl. S. 1074), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2006 (Amtsbl. S. 474), wird für das Gebiet der Landeshauptstadt Saarbrücken folgende Polizeiverordnung erlassen:

INHALTSÜBERSICHT

I. Abschnitt

§ 1 Geltungsbereich

II. Abschnitt

Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit

- § 2 Verbrennen von Gegenständen
- § 3 Anstreichen
- § 4 Grünwuchs
- § 5 Auffahrrampen in Straßenrinnen
- § 6 Schutz des Straßenverkehrs
- § 7 Fackelzüge
- § 8 Sicherheit auf Straßen und in öffentlichen Anlagen
- § 9 Reinigen von Fahrzeugen und ölhaltigen Gegenständen
- § 10 Taubenfütterungsverbot
- § 11 Verunreinigungen
- § 12 Sammelgut und Wertstoffe
- § 13 Plakatierungsverbot
- § 14 Hunde

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 15 Erlaubnis und Ausnahmen
- § 16 Ordnungswidrigkeiten
- § 17 In-Kraft-Treten

I. Abschnitt

§ 1 Geltungsbereich

Die nachstehenden Vorschriften dieser Polizeiverordnung enthalten Regelungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

1. auf öffentlichen Straßen i.S.d. § 2 des Saarl. Straßengesetzes vom 15. Dezember 1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.02.2006 (Amtsbl. S. 474) und § 1 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz i.d.F. der Bekanntmachung vom 20. Februar 2003 (BGBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.2005 (BGBl. I S. 1128);
2. in öffentlichen Anlagen. Hierzu gehören alle öffentlichen Grünanlagen (z. B. Deutsch-Französischer Garten, Bürgerpark, Anlage „Am Staden“, St. Arnualer Wiesen usw.), Anpflanzungen, Friedhöfe und Bestattungsplätze, Denkmäler, Brunnen, Kinderspielplätze, Ufer und Gewässer, Badeanstalten, Badeplätze sowie Liegewiesen.

II. Abschnitt

Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit

§ 2 Verbrennen von Gegenständen

Im Geltungsbereich dieser Polizeiverordnung ist das Verbrennen von Gegenständen verboten. Das gilt auch für das Verbrennen auf Grundstücken an Straßen, wenn der Rauch zur Straße getrieben wird. Rauch, Dämpfe und Gase dürfen nicht von Grundstücken unmittelbar in den Straßenraum geleitet werden.

§ 3 Anstreichen

Frisch gestrichene oder gespritzte Gegenstände im Straßenbereich müssen durch ein Schild "Frisch gestrichen" gekennzeichnet sein, solange ein Abfärben möglich ist.

§ 4 Grünwuchs

- (1) Grünwuchs an öffentlichen Straßen ist so zu beschneiden, dass das Lichtraumprofil des Verkehrsraumes nicht eingeengt und die Sicht auf Verkehrszeichen und -einrichtungen nicht beeinträchtigt wird. Die Wirkung der Straßenbeleuchtung muss gewährleistet bleiben. Über Gehwegen muss ein Raum von mindestens 2,50 m Höhe, über Fahrbahnen von mindestens 4,50 m Höhe freigehalten werden.
- (2) Grünwuchs an öffentlichen Straßen darf nicht in den Verkehrsraum hineinragen und muss mindestens 0,50 m vom Fahrbahnrand enden oder in diesem Abstand vom Fahrbahnrand bis zu einer Höhe von mindestens 4,50 m frei geschnitten sein.
- (3) Ausgedörrte Äste sind so rechtzeitig aus den Bäumen herauszuschneiden, dass sie nicht in den Verkehrsraum fallen können.

§ 5 Auffahrrampen in Straßenrinnen

Der Einbau fester Auffahrrampen in Straßenrinnen zum Überfahren der Bordsteine ist verboten. Bewegliche Rampen dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht beeinträchtigen. Sie sind unverzüglich nach der Benutzung der Auffahrt aus dem Verkehrsraum zu entfernen.

§ 6 Schutz des Straßenverkehrs

- (1) Blumenkästen sowie sonstige Gegenstände auf Fensterbänken und Balkonen sind so zu sichern, dass sie nicht auf die öffentliche Verkehrsfläche herabfallen können.
- (2) Einfriedungen an Straßen sind so anzulegen und zu unterhalten, dass keine Schäden durch Nägel, Stacheldraht oder andere spitze bzw. scharfe Gegenstände entstehen. Durch die Einfriedungen darf der Straßenverkehr nicht gefährdet werden.

§ 7 Fackelzüge

Das Mitführen von Pechfackeln bei Umzügen ist verboten. Das Mitführen von Wachsfackeln bedarf der Erlaubnis. Nach Beendigung des Fackelzuges sind die Fackelreste abzulöschen.

§ 8 Sicherheit in öffentlichen Anlagen

- (1) In öffentlichen Anlagen und auf Straßen sind folgende Verhaltensweisen verboten: Übernachten, Zelten, Grillen, Konsum und Umschlag von Betäubungsmitteln i. S. d. Betäubungsmittelgesetzes, das Lagern und dauerhafte Verweilen im Zustand von Trunkenheit in einer für Dritte beeinträchtigenden Art, Hütchenspiele, das organisierte Betteln, das Betteln von und mit Kindern, das Betteln mit Zirkustieren.
- (2) Die öffentlichen Anlagen dürfen nur zweckbestimmt benutzt werden. Die Wege in öffentlichen Anlagen dienen vorrangig der Benutzung durch Fußgänger. Besondere Anschläge über Benutzungsbestimmungen sind zu beachten.
- (3) In öffentlichen Anlagen sind Werbeanlagen verboten.
- (4) Die in den Anlagen und auf Kinderspielplätzen aufgestellten Spielgeräte dürfen nur von Kindern unter 14 Jahren benutzt werden.
- (5) Die Eisfläche auf Weihern und auf sonstigen Gewässern in öffentlichen Anlagen darf erst nach Freigabe durch die Ortpolizeibehörde betreten werden.
- (6) Straßenmusiker oder -schauspieler müssen den Standort ihrer Darbietungen auf Straßen und in Anlagen nach 20 Minuten so verändern, dass sie am ursprünglichen Standort nicht mehr hörbar sind, mindestens aber 200 m weitergehen.

§ 9 Reinigen von Fahrzeugen und ölhaltigen Gegenständen

Motor- oder Unterbodenwäsche an Fahrzeugen sowie die Reinigung von Gegenständen, bei denen Öl, Altöl, Benzin oder andere Schadstoffe auf die Straße, in den Untergrund oder in das Kanalnetz gelangen können, sind verboten.

§ 10 Taubenfütterungsverbot

Das Füttern von wildlebenden Tauben ist verboten. Das Fütterungsverbot erfasst auch das Auslegen von Futter, das von Tauben erfahrungsgemäß aufgenommen werden kann. Ein artgerechtes Füttern ist nur zulässig an Taubenhäusern, die von der Landeshauptstadt Saarbrücken oder mit deren Genehmigung aufgestellt wurden.

§ 11 Verunreinigungen

- (1) Straßen und Anlagen sowie deren Ausstattung dürfen nicht beschmutzt, beschmiert, beklebt, bemalt oder besprüht werden.
- (2) In städtische Papierkörbe dürfen keine Haus- oder Gewerbeabfälle eingeworfen werden. Sie dürfen weder durchsucht, noch ganz oder teilweise privat entleert werden.
- (3) Das Ablegen und Lagern von Wurfsendungen und Zeitungen außerhalb der dafür vorgesehenen Behältnisse z. B. auf Treppen, Mauern, Bänken, in Vorgärten, vor oder in offenen Hausfluren ist untersagt. Der Auslieferer bleibt bis zur Inbesitznahme des Adressaten verantwortlich.

§ 12 Sammelgut und Wertstoffe

- (1) Der Veranlasser von Altmaterialsammlungen ist verpflichtet, das Altmaterial (z. B. Kleider) in den von ihm bezeichneten Gebieten zu dem angekündigten Termin einzusammeln. Er hat den Termin so zu wählen, dass Bereitstellen und Einsammeln innerhalb eines Tages zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang erfolgen kann. Bis zur Übernahme des Altmaterials bleibt der Abgebende verantwortlich.
- (2) Depotcontainer-Standplätze im Geltungsbereich dieser Polizeiverordnung dürfen nur an Werktagen (Montag bis Samstag) in der Zeit von 07.00 Uhr bis 20.00 Uhr benutzt werden.
- (3) Entsorgungsgut für die planmäßige Müll- und Sperrmüllabfuhr sowie die Gegenstände aus der Verpackungsverordnung (z. B. „Gelbe Säcke“) sind frühestens ab 19.00 Uhr am Vorabend des Abfuhrtages unter Berücksichtigung der Verkehrs- und Windsicherheit vor das Grundstück zu stellen. Der Verbringer hat sich am Abfuhrtag von der ordnungsgemäßen Entsorgung zu überzeugen. Verstreutes und nicht entsorgtes Gut ist vom öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen. Bis zur Abholung bleibt der Verbringer verantwortlich.
- (4) Sind Sammelplätze für „Gelbe Säcke“ (Einhausungen aus Metallgitter) vorhanden, dürfen sie nur von Anwohnern aus der näheren Umgebung bedient werden. § 12 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (5) Das Herausstellen bzw. Lagern fehlbefüllter gelber Säcke, von Restabfällen oder Sperrmüll ist verboten.

- (6) Bei einer Kapazitätserschöpfung der Container darf nichts mehr eingeworfen bzw. abgestellt werden.
- (7) Container dürfen unbefugt nicht durchsucht, teilweise oder ganz entleert werden.

§ 13 Plakatierungsverbot

- (1) Außerhalb von "Werbeanlagen" i.S.d. § 12 Abs. 1 der Landesbauordnung des Saarlandes vom 18. Februar 2004 (Amtsbl. S. 822), geändert durch Gesetz vom 19. Mai 2004 (Amtsbl. S. 1498), ist es untersagt, öffentliche Straßen, öffentliche Anlagen sowie die zu ihnen gehörenden Einrichtungen ohne Gestattung des Verfügungsberechtigten zu plakatieren, zu beschriften oder zu bemalen.
- (2) Wer entgegen der Verbote des Absatzes 1 plakatiert oder zu Plakatanschlägen veranlasst, ist verpflichtet, diese unverzüglich zu beseitigen. Diese Verpflichtung zur unverzüglichen Beseitigung trifft auch den Veranstalter, auf dessen Veranstaltung mit dem jeweiligen Plakatanschlag hingewiesen wird.

§ 14 Hunde

- (1) Hunde dürfen nicht ohne Aufsicht frei herumlaufen.
- (2) Die Mitnahme von Hunden auf Kinderspielplätze, Liegewiesen, in Badeanstalten, Sportanlagen, auf Badeplätze, auf Schulhöfe, Anlagen von vorschulischen Einrichtungen sowie Friedhöfe und Bestattungsplätze ist verboten.
- (3) Auf öffentlichen Straßen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und in öffentlichen Anlagen sind Hunde an der Leine zu führen. Wer Hunde mit sich führt, hat dafür zu sorgen, dass niemand gefährdet wird und dass Anlagen nicht beschädigt werden.
- (4) Den Haltern oder Führern von Hunden ist es untersagt, die öffentlichen Straßen und Anlagen durch Hunde verunreinigen zu lassen. Von Hunden verursachte Verunreinigungen sind vom Halter oder Führer unverzüglich zu beseitigen. Hierzu ist ein geeignetes Hilfsmittel für die Aufnahme und den Transport mitzuführen (z. B. Tütchen) und auf Verlangen vorzuzeigen.

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 15 Erlaubnis und Ausnahmen

- (1) Über den Antrag auf Erteilung einer gemäß dieser Polizeiverordnung erforderlichen Erlaubnis entscheidet die Oberbürgermeisterin als Ortspolizeibehörde (Ordnungsamt).
- (2) Eine Erlaubnis soll mindestens eine Woche, bevor die erlaubnispflichtige Handlung vorgenommen werden soll, bei der Oberbürgermeisterin als Ortspolizeibehörde beantragt werden. Die erlaubnispflichtige Handlung darf nicht vor Erteilung der Erlaubnis vorgenommen werden.
- (3) Die Erlaubnis kann befristet sowie mit Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Sie kann widerrufen werden, wenn Tatsachen, die für ihre Erteilung maßgebend waren, weggefallen sind oder wenn wichtige Gründe den Widerruf rechtfertigen.
- (4) Die Oberbürgermeisterin als Ortspolizeibehörde kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zulassen. Die Zulassung kann mit Auflagen verbunden werden.

§ 16 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig i.S.d. § 63 des Saarl. Polizeigesetzes vom 26. März 2001 (Amtsbl. S. 1074), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsbl. S. 474), handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) entgegen § 2 im Geltungsbereich dieser Polizeiverordnung Gegenstände verbrennt; dies gilt auch für das Verbrennen auf Grundstücken an Straßen, wenn der Rauch zur Straße getrieben wird; ebenfalls dürfen Rauch, Dämpfe und Gase nicht vom Grundstück unmittelbar in den Straßenraum eingeleitet werden;
- b) entgegen § 4 Abs. 1 Grünwuchs an öffentlichen Straßen und Einrichtungen nicht beschneidet, so dass entweder der Verkehrsraum eingeengt oder die Sicht behindert bzw. die Verkehrsbeschilderung oder die Straßenbeleuchtung beeinträchtigt werden;
- c) entgegen § 4 Abs. 2 Grünwuchs in den Verkehrsraum hineinragen lässt; ebenso wer Grünwuchs nicht mindestens 0,50 m vor dem Fahrbahnrand enden lässt oder in diesem Abstand zum Fahrbahnrand bis zu einer Höhe von mindestens 4,50 m freischneidet;

- d) entgegen § 4 Abs. 3 ausgedörrte Äste nicht aus dem Baum herausschneidet;
- e) entgegen § 5 feste Auffahrrampen in Straßenrinnen zum Überfahren der Bordsteine einbaut oder bewegliche Rampen einbaut, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen bzw. bewegliche Rampen nicht unverzüglich nach der Benutzung aus dem Verkehrsraum entfernt;
- f) entgegen § 7 bei Fackelzügen Pechfackeln verwendet;
- g) entgegen § 8 Abs. 1 in öffentlichen Anlagen und auf Straßen übernachtet, zeltet, grillt, Betäubungsmittel i. S. d. Betäubungsmittelgesetzes umschlägt oder konsumiert, in einer im Zustand von Trunkenheit für Dritte beeinträchtigenden Art verweilt, Hütchenspiele veranstaltet, organisiert bettelt, mit Kindern oder Zirkustieren bettelt;
- h) entgegen § 8 Abs. 3 in öffentlichen Anlagen Werbeanlagen anbringt;
- i) entgegen § 8 Abs. 6 als Straßenmusiker oder -schauspieler den Standort seiner Darbietungen auf Straßen und in Anlagen nach 20 Minuten nicht so verändert, dass er am ursprünglichen Standort nicht mehr hörbar ist, mindestens aber 200 m weitergeht;
- j) entgegen § 9 Motor- oder Unterbodenwände an Fahrzeugen sowie Gegenständen reinigt, bei denen Öl, Altöl, Benzin oder andere Schadstoffe auf die Straße, in den Untergrund oder in das Kanalnetz gelangen können;
- k) entgegen § 10 wildlebende Tauben füttert;
- l) entgegen § 11 Straßen, Anlagen sowie deren Ausstattung beschmutzt, beschmiert, beklebt, bemalt, bepinselt oder besprüht;
- m) entgegen § 11 Abs. 3 Wurfsendungen oder Zeitungen außerhalb der dafür vorgesehenen Behältnisse ablegt;
- n) entgegen § 12 Abs. 1 als Veranlasser von Altmaterialsammlungen das Altmaterial nicht in dem von ihm bezeichneten Gebiet zu dem angekündigten Termin einsammelt;
- o) entgegen § 12 Abs. 3 Entsorgungsgut vor 19.00 Uhr am Vorabend des Abfuhrtages vor das Grundstück stellt oder sich am Abfuhrtag nicht von der ordnungsgemäßen Entsorgung überzeugt und nicht entsorgtes oder verstreutes Gut nicht aus dem öffentlichen Verkehrsraum entfernt;
- p) entgegen § 12 Abs. 5 fehlbefüllte gelbe Säcke, Restabfälle oder Sperrmüll herausstellt;

- q) entgegen § 12 Abs. 6 trotz Kapazitätserschöpfung der Container Entsorgungsgut einwirft oder abstellt;
- r) entgegen § 12 Abs. 7 Container unbefugt durchsucht, teilweise oder ganz entleert;
- s) entgegen § 13 Abs. 1 an öffentlichen Straßen, öffentlichen Anlagen sowie zu ihnen gehörenden Einrichtungen ohne Gestattung des Verfügungsberechtigten plakatiert, beschriftet oder bemalt, soweit es sich nicht um Werbeanlagen i. S. d. § 12 Abs. 1 der Landesbauordnung des Saarlandes handelt, oder wer als Veranstalter seiner sich aus § 13 Abs. 2 ergebenden Verpflichtung zur Beseitigung von Plakatanschlagen nicht unverzüglich nachkommt;
- t) entgegen § 14 Abs. 1 Hunde frei herumlaufen lässt;
- u) entgegen § 14 Abs. 2 Hunde auf Kinderspielplätze, Liegewiesen in Badeanstalten, Sportanlagen, auf Badeplätze, Schulhöfe, Anlagen von vorschulischen Einrichtungen, Friedhöfe und Bestattungsplätze mitbringt;
- v) entgegen § 14 Abs. 3 Hunde auf öffentlichen Straßen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und in öffentlichen Anlagen nicht an die Leine nimmt;
- w) entgegen § 14 Abs. 4 öffentliche Straßen und Anlagen durch Hunde verunreinigen lässt ohne von Hunden verursachte Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen.

Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 63 Abs. 1 SPolG, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15.02.2006 (Amtsbl. S. 474) mit einer Geldbuße bis 5.000,- € geahndet werden.

§ 17 In-Kraft-Treten

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Saarbrücker Wochenspiegel in Kraft. Gleichzeitig tritt die Polizeiverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf Straßen und in Anlagen der Landeshauptstadt Saarbrücken vom 11. Juli 2002, zuletzt geändert durch die Polizeiverordnung vom 23.11.2006, außer Kraft.

Die Oberbürgermeisterin
der Landeshauptstadt Saarbrücken
als Ortspolizeibehörde

gez.
Charlotte Britz